Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 31.05.2016

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr Sitzungsende: 18:15 Uhr

Raum, Ort: Beratungsraum 2, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitz

Dr. Cathleen Kiefert-Demuth SPD

reguläre Mitglieder

Roland Schippmann Träger der freien Jugendhilfe

Jahn Osterloh UFR/FDP Kay Nadolny DIE LINKE. Steffen Ohm DIE LINKE.

Steffen Kästner CDU ab TOP 2

Christopher Rein CDU

Vertretung für: Herrn SPD **Barbara Cornelius**

Stern, Philip

Reinhard Knisch **BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**

Vertretung für: Frau Wolfgang Demuth Träger der freien Jugendhilfe

Bobsin, Hanka Vertretung für: Frau

Mandy Kröppelin Träger der freien Jugendhilfe Schankin, Katrin

ab TOP 2 Frank Lüttgerding Träger der freien Jugendhilfe Dr. Andrea Rittiger Träger der freien Jugendhilfe

Nico Stroech Träger der freien Jugendhilfe

Verwaltung

Senator für Jugend und Steffen Bockhahn

Soziales, Gesundheit, Schule

und Sport

Büro für Integrationsfragen für Stephanie Nelles Migrantinnen und Migranten Robert Pfeiffer Amt für Jugend und Soziales

Gäste

Frau Kammann - Integral e. V.

Frau Scholz - Ingegral e. V.

Frau Weiss - Integral e. V.

Herr Niebuhr - OZ

Herr Tönnies - Integral e. V.

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Philip Stern SPD entschuldigt
Susanne Schreiber Rostocker Bund/ Graue/
Aufbruch 09 entschuldigt
Hanka Bobsin Träger der freien Jugendhilfe entschuldigt
Katrin Schankin Träger der freien Jugendhilfe entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 26.04.2016
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 05.04.2016
- 4 Geschäftliche Mitteilungen
- 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten
- 6 Berichte aus der Verwaltung
- 7 Anträge
- 7.1 Dr. Steffen Wandschneider (für die Fraktion der SPD)

Eltern bei den Kita-Gebühren entlasten

Vorlage: 2016/AN/1679

7.1.1 Eltern bei den Kita-Gebühren entlasten

Vorlage: 2016/AN/1679-01 (SN)

7.2 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dritte Änderung der Satzung über die Nutzung und Finanzierung der Plätze der
Kindertagesförderung in der Hansestadt Rostock (KiföG-Satzung)

Vorlage: 2016/AN/1756

7.3 Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.)

Verteilung der vom Land an die Kommune zugewiesenen Mittel aus dem

Betreuungsgeld

Vorlage: 2016/DA/1821

7.4 Eva-Maria Kröger für die Fraktion DIE LINKE., Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD, Uwe Flachsmeyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten

Vorlage: 2016/AN/1708

7.4.1 Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten Vorlage: 2016/AN/1708-01 (SN)

- 8 Beschlussvorlagen
- 8.1 Verteilung der vom Land an die Kommune zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld

Vorlage: 2016/BV/1780

8.2 Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der Rahmenkonzeption "Stadtteil- und Begegnungszentren in der Hansestadt Rostock" vom 09.11.2005

Vorlage: 2016/BV/1783

- 8.3 Neubesetzung der Planungsgruppen im Rahmen der "Integrierten Jugendhilfeplanung" Vorlage: 2016/DV/1804
- 9 Informationsvorlagen
- 9.1 Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Hansestadt Rostock Vorlage: 2016/IV/1782
- 10 Kindeswohlgefährdung/Kinderschutz
- 11 Bericht aus dem AK SBZ
- 12 Erfahrungsbericht Beratungsstellen im Jugendhaus
- 13 Anfragen
- 14 Verschiedenes

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Dr. Kiefert-Demuth, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Die Sitzungsunterlagen sind den Mitgliedern fristgerecht zugestellt worden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Um 16:00 Uhr sind 12 Mitglieder anwesend.

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Herr Lüttgerding und Herr Kästner nehmen ab 16:03 Uhr an der Sitzung teil.

Die Verwaltung informiert die Mitglieder über das Zurückziehen der Beschlussvorlage 2016/BV/1780. Herr Nadolny bittet um Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage 2016/DA/1821 auf die Tagesordnung. Die Vorsitzende veranlasst die Abstimmung. Die Mitglieder sprechen sich

2016/JHA/084 Ausdruck vom: 23.08.2016

Seite: 3/11

mehrheitlich dafür aus (9 Befürwortungen, 4 Gegenstimmen, 1 Enthaltung) Weiterhin einigen sich die Mitglieder darauf, den TOP 11 - Bericht aus dem Arbeitskreis SBZ - unter dem TOP 7.4 - AN 1708 - Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungszentren - mitzubehandeln. Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften

TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 26.04.2016

Herr Knisch merkt an, dass die Vorlage BV 1663 unter TOP 8.2 nicht direkt abgelehnt, sondern in den Unterausschuss verwiesen wurde. Die Vorsitzende informiert, dass zu dieser Thematik dem JHA demnächst eine neue Vorlage durch die Verwaltung, nach Aufarbeitung im UA JHPL, vorgelegt wird. Die geänderte Niederschrift mit der Anmerkung von Herrn Knisch wird durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen (12 Befürwortungen, 2 Enthaltungen).

TOP 3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 05.04.2016

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen (9 Befürwortungen, 5 Enthaltungen).

TOP 4 Geschäftliche Mitteilungen

_

TOP 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten

Der Vorsitzende des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, Herr Ohm, informiert über die am 14.06.2016 in der Sitzung zu behandelnde Thematik Schulsozialarbeit.

TOP 6 Berichte aus der Verwaltung

Die Verwaltung informiert zur Thematik um A. Das Zuweisungssoll für die HRO an um A-Plätzen beträgt 128. Es werden aktuell zusätzlich 18 um A mehr untergebracht als gefordert, aufgrund von Fallkonstellationen. Die Kosten werden vom Land übernommen. Probleme gebe es aber bei der Abrechnung der "Hilfen zum Lebensunterhalt", die das Land ablehnt, zu finanzieren. Es werde auf das Jobcenter oder die Agentur für Arbeit verwiesen. An einer Lösung arbeitet die Kommune intensiv. Weiterhin gibt die Verwaltung ein positives Feedback bzgl. des sehr gelungenen Workshops "Jugendgerechte Kommune".

TOP 7 Anträge

Die Mitglieder einigen sich darauf, über die Anträge unter TOP 7.1 (AN 1679), 7.2 (AN 1756) und 7.3 (DV 1821) zusammengefasst zu diskutieren und dann jeweils einzeln abzustimmen. Die Anträge werden jeweils von Frau Dr. Kiefert-Demuth (1679), Herrn Knisch (1756) sowie Herrn Nadolny (1821) erläutert. Es folgt eine längere intensive Diskussion. In dieser stellt sich die Frage nach der Definition Kind mit Migrationshintergrund. Die Definition lautet in der Statistik,

welche das Land als Bemessung der Zuweisung zugrunde legt: "Kinder mit Migrationshintergrund sind jene, die mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft haben." Es ist aber nicht zwingend ausländische Staatsbürgerschaft gemeint. Es reicht dabei, im Ausland geboren zu sein.

TOP 7.1 Dr. Steffen Wandschneider (für die Fraktion der SPD)

Eltern bei den Kita-Gebühren entlasten Vorlage: 2016/AN/1679

Die Vorsitzende informiert, dass die Zurückverweisung des Antrages in den JHA, obwohl dieser durch den Ausschuss bereits abgelehnt wurde, eine Entscheidung der Bürgerschaft war. Der Antrag sollte im Zusammenhang mit der Vorlage der Verwaltung (die nun zurückgezogen wurde) nochmals diskutiert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die voraussichtlich ab 01.07.2016 frei werdenden Mittel, resultierend aus der Abschaffung des Betreuungsgeldes, zweckgebunden für eine Reduzierung der Elternbeiträge von Vollzahlern in Kinderkrippen und Kindergärten sowie der Kindertagespflege zu verwenden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Umsetzungsvorschlag zur Bürgerschaftssitzung am 8. Juni 2016 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	4
Dagegen:	10
Enthaltungen:	-

Angenommen	
Abgelehnt	Х

Abgelehnt!

TOP	Eltern bei den Kita-Gebühren entlasten
711	Vorlage: 2016/AN/1679-01 (SN)

TOP 7.2 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dritte Änderung der Satzung über die Nutzung und Finanzierung der Plätze der Kindertagesförderung in der Hansestadt Rostock (KiföG-Satzung)
Vorlage: 2016/AN/1756

Der durch Herrn Knisch gestellte Änderungsantrag

- 1. Der Antrag wird bis 2018 befristet.
- 2. Es werden für 2016 höchstens 500.000 € bereitgestellt.

wird durch die Mitglieder mehrheitlich befürwortet (6 Befürwortungen, 5 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen). Nachdem die Vorsitzende den Antrag in geänderter Fassung abstimmen lässt, sprechen sich die Mitglieder mehrheitlich dagegen aus.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Dritte Änderung der Satzung über die Nutzung und Finanzierung der Plätze der Kindertagesförderung in der Hansestadt Rostock (KiföG-Satzung).

In § 2 der Satzung wird am Ende des Absatzes 3 der Satz 3 gestrichen.

Gestrichen wird der Satz: "Die Mehrkosten, die durch die Inanspruchnahme über den festgelegten Rechtsanspruch hinaus entstehen, tragen die Eltern."

In § 4 der Satzung wird der gesamte Absatz 1 gestrichen. Die Nummerierung der Absätze in § 4 wird entsprechend angepasst.

Gestrichen werden die folgende Sätze des Absatzes 1: (1) Die Aufnahme eines Kindes in eine Kindertageseinrichtung bzw. in Kindertagespflege, über den gesetzlichen Rechtsanspruch hinaus, kann erst nach Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen/Bestätigung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erfolgen. Die Feststellung des Anspruches gemäß der § 3 Abs. 3 und 4, § 4 Abs. 2 und § 5 Abs. 2 KiföG M-V erfolgt durch das Amt für Jugend und Soziales der Hansestadt Rostock. Um eine Eingewöhnung zu gewährleisten, beginnt die Betreuung eines Kindes bereits mit dem 1. des Monats in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.

Der Antrag wird bis 2018 befristet. Es werden für 2016 höchstens 500.000 € bereitgestellt.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	6
Dagegen:	7
Enthaltungen:	1

Angenommen	
Abgelehnt	Х

Abgelehnt!

TOP 7.3 Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.)

Verteilung der vom Land an die Kommune zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld

Vorlage: 2016/DA/1821

Die Vorsitzende lässt den Antrag abstimmen. Durch die Mitglieder wird dieser mehrheitlich befürwortet.

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt, dass die finanziellen Mittel in Höhe von 1.004.865,98 EUR, die aus dem Zuweisungsvertrag des Landes an die Hansestadt Rostock gezahlt wurden, entsprechend dem Zuweisungszweck zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2016 verwendet werden.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	7
Dagegen:	5
Enthaltungen:	2

Angenommen	Х
Abgelehnt	

Beschlossen!

TOP 7.4 Eva-Maria Kröger für die Fraktion DIE LINKE., Dr. Steffen Wandschneider für die Fraktion der SPD, Uwe Flachsmeyer für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten

Vorlage: 2016/AN/1708

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Aufgaben im Bereich der Integration von Migrantlnnen die Stadtteil- und Begegnungszentren wahrnehmen sollen und wie die personellen Bedarfe dafür abgedeckt werden.

Herr Osterloh informiert, dass sich, bzgl. des Briefes der Ehrenamtskoordinatorin im SBZ Südstadt/Biestow, die Problemsituation in den SBZ unterschiedlich darstellt. Herr Demuth merkt an, dass die Kinder- und Jugendeinrichtungen nicht erfasst sind. Auch und gerade dort findet eine Menge Integrationsarbeit statt. Frau Dr. Rittiger und Herr Ohm unterstützen das Anliegen von Herrn Demuth. Frau Dr. Rittiger bringt den Änderungsantrag ein, nach "Stadteil- und Begegnungszentren" den Wortlaut "sowie die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit" einzufügen. Der Änderungsantrag wird durch die Mitglieder einstimmig befürwortet. Die Vorsitzende wird den Änderungsantrag im Auftrag des JHA in die Bürgerschaft einbringen. Die Vorsitzende lässt die Vorlage AN 1708, einschließlich des Änderungsantrages abstimmen. Die Mitglieder befürworten einstimmig den geänderten Antrag.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Aufgaben im Bereich der Integration von Migrantlnnen die Stadtteil- und Begegnungszentren sowie die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wahrnehmen sollen und wie die personellen Bedarfe dafür abgedeckt werden.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	14	
Dagegen:	-	
Enthaltungen:	-	

Angenommen	х
Abgelehnt	

Geändert beschlossen!

ТОР	Integrationsarbeit in Stadtteil- und Begegnungsstätten
7.4.1	Vorlage: 2016/AN/1708-01 (SN)

TOP 8 Beschlussvorlagen

TOP 8.1 Verteilung der vom Land an die Kommune zugewiesenen Mittel aus dem Betreuungsgeld Vorlage: 2016/BV/1780

Die Vorlage wurde durch die Verwaltung zurückgezogen.

TOP 8.2 Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der Rahmenkonzeption "Stadtteil- und Begegnungszentren in der Hansestadt Rostock" vom 09.11.2005 Vorlage: 2016/BV/1783

Die Verwaltung erläutert die Vorlage. Auf Nachfrage Herrn Schippmanns bzgl. der Vertreteranzahl erläutert die Verwaltung, dass die angegebene Teilnehmeranzahl auch bei Bedarf benötigte externe Sachverständige beinhaltet.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Gründung einer zeitlich befristeten Arbeitsgemeinschaft (AG) nach § 78 SGB VIII zur Fortschreibung der Rahmenkonzeption "Stadtteilund Begegnungszentren in der Hansestadt Rostock" vom 08.11.2005

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	13
Dagegen:	-
Enthaltungen:	1

Angenommen	Х
Abgelehnt	

Beschlossen!

TOP 8.3 Neubesetzung der Planungsgruppen im Rahmen der "Integrierten Jugendhilfeplanung"
Vorlage: 2016/DV/1804

Die Vorlage wird durch die Verwaltung sowie Herrn Ohm erläutert. Er informiert, dass 42 Bewerbungen eingegangen sind. Es wurden die gleichen Auswahlkriterien wie bei der 1. Wahl angewandt. Trägerdopplungen sind zwar schwierig, aber ausschlaggebend waren Kompetenz und fachliche Eignung. Die Mitglieder des UA JHPL haben kollektiv darüber entschieden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die nachfolgende personelle Besetzung der Planungsgruppen für einen Zeitraum von 4 Jahren (2016 - 2020):

2016/JHA/084 Ausdruck vom: 23.08.2016

Seite: 8/11

PG 1 – "Sozial- räumliche Planung"	PG 2 – "§§ 11-14, 16 SGB VIII"	PG 3 – "Hilfen zur Erziehung"	PG 4 – "Kinder- tageseinrichtungen und Tagespflege"
	Personen von Trägern	der freien Jugendhilf	e
Frau Widuckel (Soziale Bildung)	Frau Kirschnik (DRK)	Frau Berthold (GGP)	Frau Großer – Bald (Stadtmission)
Frau Dinse (SBZ Südstadt)	Frau Fink (DRK)	Frank Beese (Gemeinschaft Luisenstraße)	Frau Lührs (Volkssolidarität)
Frau Baumann (ASB)	Frau Marks (AFW)	Frau Künzel (barrierefreies Rostock)	Frau Scholz (Integral)
Frau Fiedler (AWO)	Herr Weiß (Kolping)	Herr Witte (Kellerkind/ Impuls)	Frau Schröder (ILL)
Frau Hauptmann (RFZ)	Frau Leithoff (Soziale Bildung)	Frau Bösinger (Hütte)	Frau Schröder –Schleinitz (Lebenshilfe)
Herr Pankalla (Kellerkind/Impuls)	Frau Kasten (Rostocker Stadtjugendring)	Herr Kakowski (Caritas)	Frau Gruß (Jenaplan)
	Frau Sigeneger (JAZ)		

PG 1 – "Sozial- räumliche Planung"	PG 2 – "§§ 11-14, 16 SGB VIII"	PG 3 – "Hilfen zur Erziehung"	PG 4 – "Kinder- tageseinrichtungen und Tagespflege"
	Personen des Amtes fi	ir Jugend und Soziales	
Frau Troszynski	Frau Szameitat	Herr Stuwe	Frau Lachmann
Herr Gäde	Herr Gäde	Frau Noack	Herr Kuhsen
Herr Bull	Herr Schmiedel	Herr Bull	Frau Rauch
Frau Mielke	Frau Finkel	Frau Stöckel	Frau Griese
		Herr Schulz	

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	13
Dagegen:	-
Enthaltungen:	1

Ang	enommen	Χ
Abg	elehnt	

Beschlossen!

Ausdruck vom: 23.08.2016 Seite: 9/11 2016/JHA/084

TOP 9 Informationsvorlagen

TOP 9.1 Flexibilisierung der Betreuungszeiten in der Hansestadt Rostock Vorlage: 2016/IV/1782

Die Verwaltung erläutert ausführlich die Infovorlage. Auf Basis dieser möchte man mit den Mitgliedern ins Gespräch kommen, um so entsprechende Umsetzungsideen als Beschlussvorlage in einer der nächsten Sitzungen abzustimmen. Ein fachlicher Austausch ist hierzu sehr wichtig. Herr Kästner bittet zukünftig um deutliche Kennzeichnung, was wissenschaftlicher Bericht bzw. Meinung der Verwaltung ist. Es wird sich darauf verständigt, die Vorschläge in die PG 4 zu geben. Nach intensiver Fachdiskussion wird dann eine Beschlussvorlage dem JHA vorgelegt.

TOP 10 Kindeswohlgefährdung/Kinderschutz

Herr Schippmann fragt die Verwaltung, welche Konsequenzen aus den Vorfällen in Schwerin und Hamburg in Rostock gezogen werden? Was kann man aus den Vorfällen lernen? Was wird alles zur Vermeidung getan?

Die Verwaltung informiert, dass niemand garantieren kann, dass Kindeswohlgefährdungen mit Todesfolge in der HRO nicht vorkommen. Aber es werde alles zur Vermeidung getan. Insbesondere braucht es im Fachamt eine angemessene Personalausstattung (um z. B. Vertretungsregelungen gewährleisten zu können) sowie regelmäßige Weiterbildungen der KollegInnen. In Rostock wurden Anpassungen im 8a-Verfahren vorgenommen. Die Informationskette ist im Prozess so aufgestellt, dass sie lückenlos funktioniert. Mitarbeiter, die Meldungen von Kindeswohlgefährdungen aufnehmen, bleiben solange in der Verantwortung, bis ein entsprechendes Fachteam den Fall übernimmt. Herr Schippmann verweist auf die Wichtigkeit der gegenseitigen Erreichbarkeit. Die Verständigung untereinander ist sehr wichtig. Es gebe oft Abstimmungsprobleme über die Zuständigkeit. Es könne nicht alles komplett den freien Trägern übergeben werden. Es müsste mehr Austausch über den Einzelfall hinaus stattfinden. Die Verwaltung bestätigt die oftmals nicht ausreichende Kommunikation mit den freien Trägern aufgrund von personellen Engpässen. Es besteht in Teilen eine hohe Personalfluktuation in den Bereichen, die einer entsprechenden Arbeitskontinuität nicht zuträglich ist. Die Mitglieder und die Verwaltung verständigen sich auf eine gemeinsame Veranstaltung zur Verstärkung der Kommunikation zu diesem Thema, welche an die avisierte Veranstaltung "Zieleplanung" anschließt, da zu diesem Thema alle Rostocker Akteure schon anwesend sind. Die Verwaltung bereitet diesen Termin vor.

TOP 11 Bericht aus dem AK SBZ

Zu dieser Thematik wurde sich unter TOP 7.4. verständigt.

TOP 12 Erfahrungsbericht - Beratungsstellen im Jugendhaus

Herr Arendt gibt einen Erfahrungsbericht zu den Beratungsstellen im Jugendhaus und erläutert den Ablauf, wie es zur jetzt abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung mit den Suchtberatungsstellen gekommen ist. Auf Nachfrage von Frau Dr. Rittiger informiert Herr Arendt über die Finanzierung der Angebote der Suchtberatungsstellen. Weiterhin informiert Herr Arendt, dass es seit dem 22.04.2016 ein weiteres Beratungsangebot der Caritas (bis 01.07.2016) zur allgemeinen sozialen Beratung (Erziehungsberatung/Familienberatung), jeweils

freitags	vom	09:00	bis	12:00	Uhr	gibt.	Mit	der	Schuldnerberatung	liefen	bereits	Gespräche,
noch ist	aber	keine 2	Zusa	ımmen	arbe	it zus	tand	le ge	kommen.			

TOP 13	Antragen			
Die Verwa	altung informiert,	auf Nachfrag	•	•

Die Verwaltung informiert, auf Nachfrage von Herrn Nadolny, zur Thematik Wegfall von 25 durch BuT finanzierte SSA-Stellen, das hier abschließend noch keine Aussagen getroffen werden können, ob die Förderperiode 2019 endet.

TOP 14	Verschiedenes
	frage von Frau Cornelius, wie es mit Hortplätzen im Innenstadtbereich aussieht, die Verwaltung, dass die Bedarfe die Angebote übersteigen.
Dr. Cathle	een Kiefert-Demuth Ines Schröder